

Rundschreiben 2/2009



Strahlende Gesichter: Der bei der Mitgliederversammlung neu gewählte LNV-Vorstand

Herausgeber: Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e. V.,
Olgastrasse 19, 70182 Stuttgart,
Fon: 0711/24 89 55 20 / Fax: 0711/ 24 89 55 30,

Schlussredaktion: Martin Zorzi

e-mail: info@lnv-bw.de, Internet: www.lnv-bw.de

LNV-Rundschreiben Stand 29.6.09

Redaktionsschluss für das nächste LNV-Rundschreiben ist

Umlauf des LNV-Rundschreibens

Name	weitergegeben am	Bemerkungen
AK-Sprecher/in		
Stellvertreter/in		

Inhalt

VORWORT	3
1 AUS DER ARBEIT DES LNV	7
1.1 Kormoran-Verordnung und Allgemeinverfügungen.....	7
1.2 § 13a BauGB „Bebauungspläne der Innenentwicklung“	7
1.3 Mindestinhalte und Fortschreibungspflicht für Landschaftspläne.....	7
1.4 Wissenschaftliche Grundlagen bei der Straßenplanung	8
1.5 Wegenetz Truppenübungsplatz	8
1.6 Nutzungsfähigkeit von Geodaten.....	9
1.7 Umfrage bei den Landschaftserhaltungsverbänden	9
2 LANDESTHEMEN	10
2.1 Neuer Nachhaltigkeitsbeirat	10
2.2 UNESCO-Urkunde für das Biosphärengeb. „Schwäbische Alb“ übergeben.....	10
2.3 Landratsamt Ravensburg lehnt interkommunales Gewerbegebiet ab! ..	10
2.4 Pilotprojekte "Flächen gewinnen durch Innenentwicklung"	11
2.5 Saatgut mit Gen-Mais NK603 kontaminiert	11
2.6 Vorsicht gegenüber Ambrosia-Pflanze.....	12
3 BUNDES-/EUROPATHEMEN	13
3.1 Erderwärmung doppelt so stark wie befürchtet	13
3.2 In Südafrika ernten Bauern leere Genmais Kolben.....	13
3.3 Zuviel Feinstaub in deutschen Innenstädten	13
3.4 Neuer Leitfaden zur umweltfreundlichen Beschaffung von Notebooks.	13
4 LNV – INTERN	14
4.1 LNV-Ehrendadel an Dr. Elschenbroich und Professor Rodi verliehen ...	14
4.2 LNV-Mitgliederversammlung am 25.4.2009 in Stuttgart.....	14
4.3 LNV-Termine	15
4.4 Personalien, Vertretung in Gremien	15
4.5 LNV-Pressemitteilungen	16
4.6 LNV-Infos, -Tipps und -Positionen	18
5 WETTBEWERBE, AKTIONEN	19
5.1 Ehrenamtswettbewerb „Echt Gut“ Wettbewerb	19
5.2 Kampagne: Stopp dem Dieselruß – fürs Klima!.....	19
5.3 Förderprogramm zum komm. Umweltschutz für Lokale Agendagruppen	19
5.4 NABU-Fotowettbewerb macht auf Artenschwund aufmerksam.....	19
6 TERMINE UND VERANSTALTUNGEN	20
6.1 Großkundgebung gegen AKW-Laufzeitverlängerung	20
6.2 Jubiläumsfest 100 Jahre Schwäbischer Heimatbund (SHB)	20
7 VERÖFFENTLICHUNGEN/LITERATUR/INTERNET	21

Vorwort



Liebe Naturschützerinnen, liebe Naturschützer,

in den letzten Monaten gab uns die Politik viele Gelegenheiten, kritische Betrachtungen anzustellen über die Marktwirtschaft, über das Finanzwesen, über Spekulationskatastrophen und Schuldenberge. Vor allem in Bezug auf das Schuldenmachen unseres Staates wurden uns sehr unterschiedliche „Zwänge“ geschildert: Die exorbitanten neuen Schulden zur Rettung von Banken, die sich mit nahezu krimineller Sorglosigkeit in den Ruin zu stürzen drohten, wurden uns als „unabdingbar“ erläutert. Gleichzeitig haben sich die Bundesländer auf eine Art Schuldenbremse geeinigt, mit der verhindert werden soll, dass unsere Kinder und

Enkel an den Verpflichtungen, die wir ihnen hinterlassen, verkümmern, weil Zinsdienst und Tilgung der Billionenschulden ihnen keine Möglichkeit zu eigenem gesellschaftlich sinnvollem Handeln mehr lassen.

Siehe da, wir haben es also mit zwei Arten von Schulden zu tun, den unabdingbaren und den vermeidbaren. So zumindest habe ich die Erläuterungen unserer Spitzenpolitiker – auch aus unserem Bundesland – verstanden. Bei all den semantischen Übungen zur Schuldenmacherei ist mir eines aufgefallen: Keiner unserer Größen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sprach bis heute von der dritten Art von Schulden, die wir seit Jahrzehnten mit immer größerer Beschleunigung machen: die Schulden an unserer Natur und an unserer Umwelt. Es sind dies zunächst scheinbar nicht-monetäre Schulden – allerdings mutieren sie in immer kürzeren Zeitabständen zu monetären Schulden. Was wir am Zustand unseres Globus zum Nachteil einer intakten Natur und einer nachhaltig sich entwickelnden Umwelt verschlechtern, erscheint zunächst nur als Schuld, nicht aber als Schulden, da es sich nicht sofort in Bilanzen und Haushaltsrechnungen niederschlägt. Nicht erst aber seit dem Aufsehen erregenden Stern-Report weiß man, dass die weltweiten Auswirkungen des Klimawandels finanziell bewertet und den Kosten gegenübergestellt werden können, die entstehen, wenn wir die Folgen des Klimawandels bekämpfen müssen.

Natürlich ist unsere Natur, die Biodiversität, ein unendlich wertvoller Schatz, eigentlich viel zu kostbar, um sie mit schnödem Mammon zu beziffern. „Welchen Wert hat ein Schmetterling, einen Euro oder 1 Million Euro?“ Da keiner solche Fragen beantworten kann, wird daraus für viele Zeitgenossen quasi eine Einladung, die belebte Natur als Gratisgeschenk zu betrachten und sie zu ruinieren, wenn kurzfristiger Ertrag lockt. Um das zu verhindern, müssen sich die Ökologen mit den Ökonomen verbünden. Ich habe deshalb unserer Umweltministerin vorgeschlagen, diesen Grundgedanken in einem Forschungsprojekt zu vertiefen. Nur so kann die wunderschöne Idee der Nachhaltigkeit zur „Gleichberechtigung der Natur“ führen, nur so werden wir im Wettstreit zwischen Ökonomie und Ökologie auf Dauer aus der üblichen „Wegwägung“ der Natur eine ehrlichere „Abwägung“ machen können.

Vielleicht gelingt es unseren vereinten Bemühungen dann auch noch, dem Natur- und Umweltschutz in den Staatshaushalten jenen Stellenwert zu verschaffen, der nötig ist, um nicht immer tiefer in die „nichtmonetäre Schuldenfalle“ hineinzugeraten. Die erste Reaktion von Frau Gönner war ermutigend: Die Experten des Potsdamer Instituts für Klimaforschung wurden als Berater eingeschaltet. Ich bin gespannt auf deren Ratschläge.

Jetzt gelten Ihnen mein herzlicher Gruß und meine besten Wünsche für einen hoffentlich guten Sommer 2009!

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Reiner Ehret', written in a cursive style.

Reiner Ehret
Vorsitzender

1 Aus der Arbeit des LNV

1.1 Kormoran-Verordnung und Allgemeinverfügungen

In einem Schreiben an Minister Hauk bemängelt der LNV die derzeitige Regelung der Kormoranvergrämung als unbefriedigend. Die Praxis sei sehr uneinheitlich und entspreche nicht dem Ziel der Kormoranverordnung. Der LNV hat deshalb vorgeschlagen, die Kormoranverordnung neu zu fassen.

In seinem Antwortschreiben teilt Minister Hauk mit, dass das MLR Bilanz zieht und überprüft, wie das Kormoranmanagement in Baden-Württemberg im Hinblick auf einen ausgewogenen Ausgleich zwischen den Belangen des Fischartenschutzes und der Fischereiwirtschaft auf der einen und den Belangen des Vogelschutzes auf der anderen Seite durch Änderungen der Verordnung und eine Optimierung des Verwaltungsvollzugs weiter verbessert werden kann. Diesen Fragen soll in einer Arbeitsgruppe aus Fischerei- und Naturschutzverwaltung nachgegangen werden, über dessen Ergebnisse der LNV informiert wird.



1.2 § 13a BauGB „Bebauungspläne der Innenentwicklung“

In einem Schreiben hat der LNV das Wirtschaftsministerium auf die falsche Berufung vieler Gemeinden auf § 13a BauGB aufmerksam gemacht und um Beantwortung einiger unklarer Sachverhalte gebeten, so z.B. ob der Begriff „die Wiedernutzbarmachung von Flächen, die Nachverdichtung oder andere Maßnahmen der Innenentwicklung“ auch die Inanspruchnahme von bisherigen Freiflächen abgedeckt ist, ob auch Flächen einbezogen werden dürfen, die noch nicht von einem Bebauungsplan erfasst sind, aber innerhalb einer gedachten Linie zwischen vorhandenen Gebäuden bebauter Flächen liegen u.a.

Das Wirtschaftsministerium teilt mit, dass die Ausfüllung des Begriffs „Innenentwicklung“ planerische Aufgabe der Gemeinde ist, die zu bestimmen hat, was Innenentwicklung für das Gemeindegebiet bedeutet. Entscheidend sei, ob nach der Verkehrsauffassung unter Berücksichtigung der siedlungsstrukturellen Gegebenheiten das betreffende baulich nicht genutzte Gebiet dem Siedlungsbereich zuzurechnen ist oder nicht. Darüber hinaus stellt das Wirtschaftsministerium fest, dass die Gemeinden insgesamt von diesem Instrument verantwortungsvoll Gebrauch machen würden, und dass es für die Frage, in welchem Umfang Außenbereichsflächen mit einbezogen werden können, keine allgemein gültige Größe, Lage oder Beschaffenheit benannt werden kann und deshalb in der Praxis immer wieder Zweifelsfälle auftreten können.

Die 3seitige Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums hierzu kann bei Interesse bei der LNV-Geschäftsstelle angefordert werden.

1.3 Mindestinhalte und Fortschreibungspflicht für Landschaftspläne

Der LNV hat das MLR um Mitteilung gebeten, welche Mindestanforderungen an die Inhalte von Landschaftsplänen zu stellen sind und welche an die Anhörungsverfahren. Ausschlaggebend hierzu war die Tatsache, dass die LNV-Arbeitskreise und andere Naturschutzgruppen immer wieder zu Flächennutzungs- und Bebauungsplänen Stellung nehmen, denen entweder gar kein Landschaftsplan, nur ein veralteter oder

ein Landschaftsplan, der nur im von der Bebauung berührten Teil fortgeschrieben wurde, vorliegt.

In seiner Antwort macht das MLR darauf aufmerksam, dass mit der Novelle des Naturschutzgesetzes in § 18 Abs. 1 die Spielräume des BNatSchG ganz bewusst genutzt wurden und den Trägern der Landschaftsplanung die Möglichkeit eröffnet, von einer flächendeckenden Darstellung unter bestimmten, im Gesetz festgeschriebenen Voraussetzungen abzusehen, weil dies zum einen dem tatsächlichen Planungsbedarf entspräche und zum anderen der Akzeptanz der Landschaftsplanung bei den Trägern der Landschaftsplanung diene. Eine ausschließliche Verpflichtung, im Vorfeld einen Landschaftsplan zu erstellen, ergebe sich weder aus dem NatSchG noch aus dem BauGB.

Die Antwort des MLR kann bei Interesse bei der LNV-Geschäftsstelle angefordert werden.

1.4 Wissenschaftliche Grundlagen bei der Straßenplanung

Beim Innenministerium (IM) hat der LNV eine Anfrage zu verkehrswissenschaftlichen Grundlagen der Verkehrssicherheit, der Leichtigkeit des Fahrverkehrs und der Wirtschaftlichkeit gestellt.



In seinem Antwortschreiben weist das IM darauf hin, dass die Erhöhung der Verkehrssicherheit ein von den europäischen Staaten gesetztes anerkanntes Ziel sei, für Deutschland geregelt im Bundesfernstraßengesetz und Straßengesetz Baden-Württemberg. Jede Straßenbaumaßnahme erfordert in der Regel ein Zulassungsverfahren, dessen wesentlicher Bestandteil ein Abwägungsgebot ist. Grundlage hierfür sind detaillierte Untersuchungen, die von Arbeitsgruppen der Forschungsgesellschaft

für Straßenbau und Verkehrswesen (FGSV) erarbeitet werden. Die FGSV veröffentlicht ihre Forschungsberichte in einem eigenen Verlag, auf dessen Homepage (www.fgsv-verlag.de) die verfügbaren Berichte eingestellt werden. Sämtliche technischen Regelwerke der Straßenbauverwaltung sind im Standardwerk „Straßenbau von A-Z“ zusammengefasst und auf über 1000 Seiten Loseblattsammlung veröffentlicht, die auch auf CD erhältlich ist. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen von Straßenplanungen werden vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung durchgeführt.

1.5 Wegenetz Truppenübungsplatz

Der ständige Arbeitskreis der Natur- und Umweltschutzverbände zum Biosphärengebiet Schwäbische Alb, bestehend aus LNV, BUND, NABU, SAV, BNAN und AG NaturFreunde, hat eine Stellungnahme zur Änderung der Verordnung zur Beschränkung des Betretens auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen abgegeben, in welcher dem Verordnungsentwurf bestimmten Voraussetzungen zugestimmt wird. Die Verbände haben vor allem nach wie vor Bedenken, einen Weg im Kernzonenbereich des Biosphärengebiets neu dauerhaft zu öffnen und besteht auf der Zusage, dass auf dem ehemaligen TrÜPL Münsingen zukünftig keine weiteren Wege geöffnet werden.

Die Stellungnahme kann bei Interesse bei der LNV-Geschäftsstelle angefordert werden.

1.6 Nutzungsfähigkeit von Geodaten

Mit einem Schreiben an den Präsidenten des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung (LGL) bittet der LNV um Erleichterung der Nutzungsfähigkeit von Geodaten. Der LNV ist weder personell noch finanziell in der Lage, selbst ein GIS zu betreiben. Deshalb ist das Geodatenportal der LUBW ein wichtiges Hilfsmittel, um z.B. Informationen zu Schutzgebieten abzurufen. Allerdings hat sich gelegentlich gezeigt, dass einige zusätzliche Funktionen sehr hilfreich wären, ohne dass dies bereits ein echtes „GIS im Web“ sein müsste. Dazu gehören beispielsweise: Zeichnen und Messen von Linien und Flächen, Einblendendes Anzeigemaßstabs und einer Maßstabsleiste sowie Exportmöglichkeiten in eine Bilddatei. Nachdem im Rahmen der INSPIRE-Richtlinie der EU zunehmend Geodaten öffentlich zugänglich gemacht werden müssen und diese Daten ja auch einmal mit Steuergeldern erhoben wurden, schlägt der LNV vor, die Nutzungsfähigkeit für den Bürger durch die oben genannten Werkzeuge zu erleichtern. Gerade die Neuschaffung des Landesamts für Geoinformation wäre eine Gelegenheit, bisherige Verfahrensweisen auf den Prüfstand zu stellen und hier eine bürgerfreundlichere Regelung zu finden.



Das LGL teilt in seinem Antwortschreiben mit, dass im Zuge der Überarbeitung seines Internetauftritts www.lgl-bw.de auch ein Geodatenviewer realisiert wird, der neben der Präsentation der Geobasisdaten auch die vom LNV gewünschten Standardfunktionalitäten bieten wird. Darüber hinaus ist das LGL auch für die Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie verantwortlich. Auch hierbei ist ein Geoportal Baden-Württemberg in der Konzeption, das ressortübergreifend Geobasisdaten und Geofachdaten präsentieren wird. Ausführliche Informationen gibt es bereits jetzt unter www.geoportal-bw.de.

1.7 Umfrage bei den Landschaftserhaltungsverbänden

In Absprache mit den drei kommunalen Spitzenverbänden hat der LNV eine Umfrage bei den im Land bestehenden Landschaftserhaltungsverbänden (inklusive Pro Regio in Oberschwaben und „Plenum Schwäbische Alb“, welche dort ähnliche Funktionen wahrnehmen) durchgeführt. Dabei wurde die förderliche, gute Zusammenarbeit der Kooperationspartner untereinander deutlich, aber auch die Beeinträchtigung der Arbeit infolge des überbürokratischen Antragsverfahrens.

2 Landesthemen

2.1 Neuer Nachhaltigkeitsbeirat

Im April 2009 fand die konstituierende Sitzung des neu berufenen Nachhaltigkeitsbeirates der Landesregierung statt. Das zwölfköpfige Expertengremium berät das Land vor allem zu Umweltthemen und Fragen einer nachhaltigen Entwicklung. Insgesamt fünf Wissenschaftler wurden neu und erstmals in den um drei Personen erweiterten Expertenkreis aufgenommen. Die Berufungsperiode endet zum Jahresende 2011.

Der NBBW wurde am 22. April 2002 von der Landesregierung Baden-Württemberg ins Leben gerufen und am 4. Oktober 2005 für weitere drei Jahre berufen. Am 3. Februar 2009 wurde eine weitere Verlängerung um drei Jahre vom Kabinett gebilligt. Der Beirat hat den Auftrag, die Umweltsituation in Baden-Württemberg und deren Entwicklungstendenzen zu bewerten, umweltpolitische Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder Beseitigung aufzuzeigen, Impulse für die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg zu setzen und insbesondere die Umsetzung und Fortschreibung des Umweltplans kritisch zu begleiten (Controlling). Die Landesregierung kann den Beirat mit der Erstattung von Sondergutachten und Stellungnahmen beauftragen.

2.2 UNESCO-Urkunde für das Biosphärengeb. „Schwäbische Alb“ übergeben



Am 26.06.2009 wurde durch die Vorsitzende des deutschen MAB-Nationalkomitees (UNESCO-Programm 'Der Mensch und die Biosphäre' - MAB), Gertrud Sahler, im Alten Lager in Münsingen (Landkreis Reutlingen) die UNESCO-Erennungsurkunde an Ministerpräsident Oettinger und Minister für Ernährung und Ländlichen Raum, Peter Hauk übergeben.

Die Biosphäre erstreckt sich über 29 Gemeinden mit einer Fläche von 85.000 Hektar, in der Naturschutz, Tourismus und Gewerbe nebeneinander betrieben werden.

Die Anerkennung durch die UNESCO ist laut Oettinger und Hauk „eine mit hoher Glaubwürdigkeit belegte Auszeichnung,

die das Land nutzen werde. Sie habe das Konzept des Landes, wonach Naturschutz auch Wertschöpfung bedeuten könne, eindeutig bestätigt“.

Weltweit gibt es momentan 553 Biosphärenreservate aus 107 Staaten, die in das Weltnetz der UNESCO-Biosphärenreservate aufgenommen wurden. In Deutschland gibt es aktuell 15 UNESCO-Biosphärenreservate, eines davon nun in Baden-Württemberg.

Die laufenden Kosten einschließlich des Personals betragen insgesamt 730.000 Euro pro Jahr, wovon die Kommunen ab 2011 ein Drittel übernehmen werden. (*StaMi*)

2.3 Landratsamt Ravensburg lehnt interkommunales Gewerbegebiet ab!

Das Landratsamt Ravensburg hat in aus Naturschutzsicht vorbildhafter Weise der geplanten Änderung des Bad Wurzacher Flächennutzungsplans die Genehmigung versagt. Knapp 28 Hektar bislang noch landwirtschaftlich genutzte Flächen sollten dort nach den Vorstellungen der Stadtverwaltung als interkommunales "Oberschwä-

bisches Gewerbe- und Industriegebiet" (OGI) ausgewiesen werden. Begründet wird die Ablehnung mit der unvollständigen Ausarbeitung der Planungsunterlagen.

Da die Stadt mögliche Auswirkungen einer Gewerbeansiedlung an dieser ökologisch hochsensiblen Stelle nur unzureichend geprüft hat, könne eine erhebliche Beeinträchtigung nicht ausgeschlossen werden. Die fragliche Fläche liegt in der Haidgauer Heide zwischen den Naturschutzgebieten "Rohrsee" und "Wurzacher Ried", das als das größte intakte Hochmoor Mitteleuropas gilt und deshalb schon vor Jahren mit dem Europa-Diplom ausgezeichnet wurde.

Ebenso wenig wurde geprüft, ob überhaupt ein so genanntes öffentliches Interesse an den geplanten Industrie- und Gewerbeflächen besteht – also ob ein entsprechender Bedarf an Industrie- und Gewerbeflächen vorliegt und der nicht anderweitig gedeckt werden kann. Nur unter dieser Voraussetzung darf laut Gesetz das Aufstellen und Ändern von Bauleitplänen genehmigt werden. Doch es verfügen sowohl die Stadt Bad Wurzach als auch die ebenfalls beteiligten Gemeinden über ausreichende, bereits genehmigte und bislang noch ungenutzte Gewerbeflächen. Weitere Verfahrensfehler finden sich nach landratsamtlicher Einschätzung auch bei der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung möglicher Standortalternativen.

<http://www.szon.de/lokales/leutkirch/badwurzach/200906231733.html>

2.4 Pilotprojekte "Flächen gewinnen durch Innenentwicklung"

Das Land will, dass die Flächeninanspruchnahme deutlich zurückgeführt wird. Derzeit (Wert für das Jahr 2007) beträgt sie laut Umweltministerium 10,3 Hektar pro Tag. Deswegen hat das UM nun Pilotprojekte "Flächen gewinnen durch Innenentwicklung" ausgewiesen. Ziel sei es, Beispielen für eine attraktive Nutzung innerörtlicher Flächenpotentiale auch finanziell zur Seite zu stehen. Es komme darauf an, dass durch die Unterstützung von Planungen im Innenbereich auf eine Entwicklung auf der grünen Wiese verzichtet werden könne. Die Höhe des Zuschusses betrage 50 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben, maximal 50.000 Euro, im Einzelfall bei besonders schwierigen oder umfangreichen Vorhaben bis zu 70.000 Euro. Termine für die Einreichung von Anträgen sind der 15. Juni 2009 und der 21. September 2009. Über die Annahme entscheidet ein Auswahlgremium.

Weitere Informationen unter www.um.baden-wuerttemberg.de.

2.5 Saatgut mit Gen-Mais NK603 kontaminiert

In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist versehentlich kontaminiertes Saatgut ausgesät worden. Das Saatgut, das aus Sachsen geliefert wurde, ist mit dem für den Anbau nicht zugelassenen Gen-Mais NK603 verunreinigt. In Baden-Württemberg sind 170 Hektar Land betroffen, in Rheinland-Pfalz 100 Hektar. Die Werte lagen den Angaben zufolge "unterhalb der Bestimmungsgrenze von 0,1 Prozent und über der Nachweisgrenze von 0,03 Prozent"



Bei dem in Sachsen untersuchten Saatgut handelt es sich um eine Maissorte, die insbesondere zur Erzeugung von Energie- in Biogasanlagen genutzt wird. Da sich die Sorte vor allem für klimatisch günstige Maisstandorte eigne, wurde das Saatgut nur in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz verkauft. Bereits im April waren Spuren von Gen-Mais in zwei anderen Saatgut-Partien festgestellt worden. Das Saatgut

wurde aus dem Verkehr gezogen und die bereits ausgesäten Flächen umgebrochen und zum Teil neu ausgesät.

<http://www.netzwerk-regenbogen.de/genmai090513.html>

2.6 Vorsicht gegenüber Ambrosia-Pflanze



Die Pollen der 'Ambrosia artemisiifolia', auch als Traubenkraut oder Beifuß-Ambrosie benannten Pflanze wie auch ihre Pflanzenbestandteile gelten als hoch allergen. Durch den Klimawandel findet die Pflanze günstigere Bedingungen, es besteht deshalb die Gefahr, dass die Pflanze, die in südlichen Ländern Europas bereits stark verbreitet ist, auch hierzulande zunehmend heimisch wird.

Ab August beginnt die Blütezeit. Jedermann kann dabei mithelfen, die weitere Ausbreitung der Pflanze einzudämmen. Aufgefundene Pflanzen sollten mit der Wurzel ausgerissen werden. Dabei müsse ein direkter Hautkontakt unbedingt vermieden werden. Bei der Entfernung blühender Pflanzen wird Augen- und Atemschutz dringend empfohlen. Die Entsorgung der Pflanze

muss über die Restmülltonne und nicht über den Kompost oder Biomüll erfolgen. Größere Vorkommen der Pflanze seien der LUBW zu melden (Telefon: 0721/5600-1222, Telefax 0721/5600-1456, E-Mail: Poststelle@lubw.bwl.de) (UM)

Näheres siehe folgendes Faltblatt: http://www.sozialministerium-bw.de/fm7/1442/Ambrosia-Pflanze_Ursache_fuer_Allergien.pdf

3 Bundes-/Europathemen

3.1 Erderwärmung doppelt so stark wie befürchtet

Die Temperatur der Erdoberfläche könnte bis zum Jahr 2100 um 5,2 Grad Celsius steigen. Bisher waren Forscher davon ausgegangen, dass die Temperatur um 2,4 Grad steigt. Das Massachusetts Institute of Technology geht jetzt von einem mehr als doppelt so hohen Wert aus.

Siehe weiter: <http://www.stern.de/wissenschaft/natur/Neue-MIT-Studie-Erderw%EA4rmung/701376.html?nl=WissenschaftGesundheit21-2009>

3.2 In Südafrika ernten Bauern leere Genmaiskolben

Die gentechnisch veränderte Maissaat von Monsanto hat auf 82.000 Hektar nahezu sterile Pflanzen hervorgebracht. Das Getreide ist normal gewachsen, zeigt auch keinerlei Schädlings- oder Pilzbefall. Nur die Kolben enthalten sehr wenige oder gar keine Körner. Den Pflanzen war nicht nur die Resistenz gegen ein Unkrautvernichtungsmittel (natürlich eines von Monsanto) gentechnisch eingebaut worden, die Manipulationen sollten auch zu vermehrtem Ertrag führen.

<http://www.jungewelt.de/2009/04-25/023.php>

3.3 Zuviel Feinstaub in deutschen Innenstädten

Die gesundheitsschädliche Feinstaubbelastung in deutschen Innenstädten ist weiterhin zu hoch. In sechs Städten – darunter Stuttgart und München - ist der Grenzwert (Tagesmittelwert) von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) bereits bis Ende Juni an mehr als den zulässigen 35 Tagen pro Jahr überschritten. Laut UBA gibt es Möglichkeiten, die Feinstaubemissionen zu senken:



- Würden in Umweltzonen nur noch Kraftfahrzeuge mit grüner Plakette fahren, ließen sich bis zu 18 Überschreitungstage pro Jahr vermeiden.
- Ein Tempolimit von 30 km/h auf den betroffenen innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen ließe 10 Überschreitungstage weniger im Jahr als bei Tempo 50 erwarten.
- Die Nachrüstung leichter Nutzfahrzeuge der Schadstoffklassen EURO 3 und schlechter mit Dieselrußfiltern sollte die obigen Maßnahmen ergänzen.

Das aktuelle UBA-Hintergrundpapier „Feinstaubbelastung in Deutschland“ steht unter http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3565.

Aktuelle Daten: <http://www.env-it.de/umweltbundesamt/luftdaten/index.html>.

3.4 Neuer Leitfaden zur umweltfreundlichen Beschaffung von Notebooks

Der Einkauf umweltfreundlicher Notebooks wird für Wirtschaft und Verwaltung einfacher. Der Hightech-Verband BITKOM, das Umweltbundesamt (UBA) und das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Inneren (BeschA) haben hierzu einen neuen Leitfaden „Empfehlungen für die umweltfreundliche Beschaffung von Notebooks“ veröffentlicht. Die Broschüre ist eine verlässliche und verständliche Hilfe für die Einkäufer der öffentlichen Hand und gibt auch privaten Unternehmen Tipps beim Einkauf umweltfreundlicher Notebooks

Download: <http://www.itk-beschaffung.de/index.php?id=4>

4 LNV – Intern

4.1 LNV-Ehrennadel an Dr. Elschenbroich und Professor Rodi verliehen

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg hat am 25. April 2009 zwei herausragenden Persönlichkeiten des Naturschutzes seine LNV-Ehrennadel verliehen. Als festlicher Höhepunkt der diesjährigen Mitgliederversammlung in Stuttgart wurden Dr. Heinz-Dieter Elschenbroich aus Böblingen sowie Professor Dr. Dieter Rodi aus Schwäbisch Gmünd ausgezeichnet.



Der LNV wünscht den Geehrten weiterhin viel Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg und hofft, dass sich dadurch auch andere Naturschutzaktive in ihrem Engagement bestärken lassen.

4.2 LNV-Mitgliederversammlung am 25.4.2009 in Stuttgart

Turnusgemäß fanden bei der diesjährigen Mitgliederversammlung die Neuwahlen des Vorstandes und der Rechnungsprüfer mit folgenden Ergebnissen statt:

Vorsitzender:	Reiner Ehret
Stellvertretende Vorsitzende:	Dr. Gerhard Bronner Thomas Dietz
Beisitzer:	Regina Schmidt-Kühner Dr. Hans-Ulrich Rauchfuß Wolfgang Neukum
Schatzmeister:	Dr. Heiner Grub
Rechnungsprüfer:	Gerhard Fink Michael Probst



Die Mitgliederversammlung hat dem Antrag des **DAV-Landesverbandes** auf Mitgliedschaft im LNV einstimmig zugestimmt. DAV-Landesvorsitzender **Roland Stierle** zeigte sich über die einstimmige Aufnahme seines Verbandes hoch erfreut. Die LNV-Mitgliedschaft sei für ihn kein „Spagat zwischen Naturnutzern und –schützern, sondern eine Klammer. Sie biete die Chance, den Naturschutz noch mehr als seither in seinen Verband hineinzutragen. Der LNV verstärkt durch diesen Zuwachs um die 140 000 DAVler auf nun 530 000 Verbandsmitgliedern sein naturschutzpolitisches Gewicht damit beträchtlich.

Aufgrund seiner Mitgliederzahl ist der DAV berechtigt, einen Vertreter in den LNV-Vorstand zu entsenden und hat zwischenzeitlich Herrn **Dr. Wilhelm Schloz**, der bereits als Gewässer-Referent für den LNV tätig ist, hierfür benannt, den wir in den Reihen unseres Vorstands herzlich begrüßen.

4.3 LNV-Termine

Das **Seminar von IDUR und LNV** zu neuen Rechtsfragen findet am **Samstag, den 25. Juli 2009** in der Geschäftsstelle des Landesjagdverbandes Baden-Württemberg, Felix-Dahn-Str. 41 in Stuttgart-Degerloch statt. Im Programm vorgesehen sind Fragen zum Naturschutz- und Artenschutzrecht sowie zum Umweltschadens- und Umweltinformationsgesetz.

Der Termin für das diesjährige **Zukunftsforum Naturschutz** zum Thema „Die Zukunft des Ländlichen Raums“ wurde auf **Samstag, den 7. November 2009** festgelegt. Bitte merken Sie sich diesen Termin vor. Zu gegebener Zeit erhalten Sie einen Einladungsflyer.

4.4 Personalien, Vertretung in Gremien

Bei der LNV-Mitgliederversammlung wurden die **ausscheidenden Vorstandsmitglieder** Helmut Felgner, Siegfried Häfele, Hilde Nittinger, Hans-Peter Pfeiffer und Hans-Heinrich Vögele herzlich verabschiedet. Herr **Hans-Heinrich Vögele** (Foto) ist als Vertreter der Arbeitskreise im Regierungsbezirk Freiburg aus dem LNV-Vorstand ausgeschieden. Herr Vögele war dem LNV seit seiner Gründung als erfahrener Naturschützer und Praktiker verbunden. **Dr. Hilde Nittinger** war LNV-Vorstandsmitglied seit 2003. **Siegfried Häfele** war stellv. LNV-Vorsitzender und Referent für Jugendumweltbildung seit 2006. **Hartmut Felgner** war als Vertreter der LNV-Arbeitskreise im Regierungsbezirk Stuttgart ebenso wie sein Stellvertreter **Hanspeter Pfeiffer** seit 2004 LNV-Vorstandsmitglied.



Herr Ehret bedauert deren Ausscheiden aus dem Vorstand und verbindet den Dank für deren langjährige und engagierte Mitarbeit mit der Hoffnung, dass sie dem LNV weiterhin treu bleiben.

Verabschiedet wurden weiterhin recht herzlich: **Dr. Heinz-Dieter Elschenbroich**, Sprecher LNV-Arbeitskreis Böblingen von Dezember 1985 bis Dezember 2008 und bis 2003 LNV-Vorstandsmitglied sowie **Jörg Pflüger**, Sprecher LNV-Arbeitskreis Nördliches Markgräflerland von Juni 2007 bis Dezember 2008, ferner **Isolde Korb**, Referentin für Kommunalpolitik und Mitglied im LNV-Stiftungsrat seit 2005.

Ihr Amt niedergelegt haben außerdem **Willi Müller**, jahrzehntelanger LNV-Kassenprüfer seit den 1980er Jahren und sein Kollege **Gotthilf Walker**, Kassenprüfer seit 2003. Auch ihnen gilt unsere große Anerkennung und Dank für ihre Unterstützung und ihr Engagement.

Neu gewählt wurden in den Vorstand **Robert Auersperg** und **Werner Brekle** (Stellvertreter) als Vertreter der LNV-Arbeitskreise im Regierungsbezirk Stuttgart, **Dr. Frank Baum** als Vertreter der LNV-Arbeitskreise im Regierungsbezirk Freiburg und als Beisitzer **Wolfgang Neukum**. Herr Ehret bedankt sich für deren Bereitschaft und wünscht ihnen eine erfolgreiche Arbeit.

Als neue Rechnungsprüfer stehen dem LNV **Gerhard Fink** und **Michael Probst** zur Verfügung.

Unser Gedenken gilt ferner Herrn **Julius Grotz**, LNV-Schatzmeister von 1984 bis 1993, verstorben am 21.12.2008. Der LNV wird Herrn Grotz in dankbarer und ehrender Erinnerung behalten.

Für den **LNV-Arbeitskreis Calw** konnte zwar noch kein Sprecher gefunden werden. Es ist jedoch gelungen, den Kreis in drei Zuständigkeitsbereiche aufzuteilen, für deren Bearbeitung sich Frau **Regina Einfeld**, Herr **Paul Staudenmaier** und Herr **Dieter Laquai** bereit erklärt haben.

Als Vertreterin im **Fischereibeirat beim RP Tübingen** wurde Frau **Helga Hartmann**, als Stellvertreter Herr **Andreas Maier** vorgeschlagen.

Für den **Fischereibeirat beim RP Karlsruhe** wurde Herr **Carsten Weber** als Vertreter und Herr **Hilmar Grzesiak** als Stellvertreter vorgeschlagen.

Wir danken allen ehrenamtlichen Naturschützerinnen und Naturschützern, die sich bereit erklärt haben, diese Ämter zu übernehmen.

4.5 LNV-Pressemitteilungen

Artenschutz-Gesamt-Bilanz ist noch negativ

vom 22.06.2000

Der Landesnaturschutzverband (LNV) freut sich mit Landwirtschaftsminister Peter Hauk darüber, dass sich die Wildkatze wieder in Baden-Württemberg ansiedelt. Daraus zu schließen, dass der Artenschutz insgesamt funktioniert, hält er aber für „gewagt“. Bei aller Freude über Wildkatze, Biber und Bienenfresser dürfte nicht vergessen werden, dass zahlreiche Arten weiter regional aussterben wie zum Beispiel das Rebhuhn oder im Bestand abnehmen.

http://www.lnv-bw.de/presse_archiv/pr090622-artenschutz.pdf

LNV zum geplanten Ritterland Schwaben

Vom 9.06.2009



Standort und Dimension des südlich von Münsingen geplanten „Ritterland Schwaben“ sind in den Augen des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg e. V. (LNV) nicht mit den Nachhaltigkeitsgrundsätzen der Biosphärenparkverordnung zu vereinbaren. „Trotz einiger löblicher Details“, so LNV-Vorsitzender Reiner Ehret, „kann das Vorhaben nicht darüber hinwegtäuschen, dass durch die ‚konservativ‘ anvisierten 300 000 bis 900 000 Besucher im Jahr ein gewaltiger Rummel mit enormen zusätzlichen Verkehrsbelastungen verur-

sacht wird“.

http://www.lnv-bw.de/presse_archiv/pr090609-ritterland.pdf

Biosphärengebiet Schwäbische Alb erhält UNESCO-Anerkennung

vom 25.05.2009

Diese Auszeichnung ist ein großer Erfolg für die Region, die 29 Gemeinden, drei Landkreise und den Gutsbezirk Münsingen umfasst. „Es gibt aktuell 13 von der UNESCO anerkannte Biosphärenreservate in Deutschland und wir sind froh, dass es nun auch in Baden-Württemberg ein solches Schutzgebiet gibt, für das sich die Verbände seit Jahren eingesetzt haben“, lobte der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret.

http://www.lnv-bw.de/presse_archiv/pr090525-bioschwalb.pdf

Naturschutzstrategie: Bankrotterklärung für Minister Hauk

vom 20.05.2009

LNV, NABU und BUND kritisieren Naturschutzminister Peter Hauk scharf und fordern, internationale, europäische und nationale Naturschutzziele auch in Baden-Württemberg zu achten. Was nützt es, wenn das Naturschutzministerium eine Blümenwiese schützen will, wenn das Innenministerium eine Landstraße darauf baut?", fragt LNV-Chef Reiner Ehret. Ganz Baden-Württemberg braucht eine Naturschutzstrategie, auch die anderen Ministerien.

http://www.lnv-bw.de/presse_archiv/pr090520-biovielfalt.pdf

Landesnatschutzverband unterstützt den Ministerpräsidenten

Vom 12.05.2009

„Außerordentlich begrüßt“ hat Reiner Ehret, der Vorsitzende Landesnaturschutzverbandes die kritischen Worte, die Ministerpräsident Oettinger letzte Woche an den Wirtschaftsminister in Sachen Flächenverbrauch gerichtet hat. Auch der LNV ärgere sich – so Ehret – zunehmend über die Blockade- und Verschleppungspolitik von Wirtschaftsminister Pfister.

http://www.lnv-bw.de/presse_archiv/pr090512-flaechenverbrauch.pdf

LNV-Mitgliederversammlung beschließt Beitritt des DAV

Vom 26.4.2009

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) hat bei seiner diesjährigen Mitgliederversammlung den Landesverband des Deutschen Alpenvereins (DAV) einstimmig als neues Mitglied aufgenommen. Der LNV verstärkt durch diesen Zuwachs um die 140 000 DAVler auf nun 530 000 Verbandsmitgliedern sein naturschutzpolitisches Gewicht damit beträchtlich. Er hofft, so seine Naturschutzanliegen noch weiter in die Bevölkerung hineinragen zu können. Gleichzeitig wurde turnusgemäß ein neuer Vorstand gewählt. Dabei wurde der seitherige Vorsitzende Reiner Ehret einstimmig für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt.

http://www.lnv-bw.de/presse_archiv/pr090426-mv.pdf



Landesnatschutzverband zeichnet Naturschützer aus

Vom 26.4.2009

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg hat am gestrigen Samstag, dem 25. April 2009 zwei herausragenden Persönlichkeiten des Naturschutzes seine LNV-Ehrennadel verliehen. Als festlicher Höhepunkt der diesjährigen Mitgliederversammlung in Stuttgart wurden Dr. Heinz-Dieter Elschenbroich aus Böblingen sowie Professor Dr. Dieter Rodi aus Schwäbisch Gmünd ausgezeichnet. Die Ehrung wurde vom LNV-Vorsitzenden Reiner Ehret vorgenommen.

4.6 LNV-Infos, -Tipps und -Positionen

Objekte 2009

Zusammenstellung von „Blume des Jahres“ & Co in bewährter Weise. Die Objektliste steht im Internet unter www.lnv-bw.de Rubrik „Veröffentlichungen“

LNV-Tipp 02/2009 Geocaching



Zum Vorgehen bei Verstecken in empfindlichen Biotopen wie Höhlen, zusammengestellt in Zusammenarbeit mit dem Landesverband für Höhlen- und Karstforschung Baden-Württemberg (LHK) – mit Umfrage!

Anzufordern über die LNV-GS:

LNV-Tipp 01/2009 EU-Beschwerden

Der Tipp gibt Empfehlungen zum Umgang mit dem Instrument der EU-Beschwerde für die LNV-Arbeitskreise und sonstige Naturschutzverbandsgruppen,.

Anzufordern über die LNV-GS:

5 Wettbewerbe, Aktionen

5.1 Ehrenamtswettbewerb „Echt Gut“ Wettbewerb

Über 42 % aller Bürger in Baden-Württemberg sind ehrenamtlich tätig und setzen sich unentgeltlich für die Belange des Gemeinwohls ein. Und weil das so ist, laden die Landesregierung, die EnBW Energie Baden-Württemberg AG, die Sparkassen im Land und die Landesstiftung Baden-Württemberg zum sechsten Mal zu einem landesweiten Ehrenamtswettbewerb ein. Noch bis zum 17. Juli kann man sich bewerben!

Näheres siehe unter <http://www.echt-gut-bw.de/>

5.2 Kampagne: Stopp dem Dieselruß – fürs Klima!

Dieselruß schadet der Gesundheit erheblich und wirkt sich schwerwiegend auf das globale Klima und damit die natürlichen Lebens- und Naturräume aus. Gemeinsam mit anderen Verbänden startet der NABU nun eine bundesweite Kampagne um auf die klimaschädlichen Effekte von Dieselrußpartikeln hinzuweisen. Ziel der Kampagne ist der flächendeckende und vollständige Stopp der Rußemissionen aus Dieselmotoren im Verkehrssektor bis 2020.



Näheres siehe unter <http://www.russfrei-fuers-klima.de/>

5.3 Förderprogramm zum komm. Umweltschutz für Lokale Agendagruppen

Das Umweltministerium hat das Förderprogramm zum kommunalen Umweltschutz unter dem Dach der Lokalen Agenda 21 aufgelegt. Es stehen im Land insgesamt 80.000 Euro zur Verfügung.

Schwerpunkt der diesjährigen Förderung ist das Thema nachhaltiger Konsum. Die zu fördernden Projekte müssten eine Verhaltensänderung der Bevölkerung im Sinne eines nachhaltigen Handelns und Lebensstils zum Ziel haben, wie beispielsweise nachhaltiger Konsum durch fair gehandelte, regionale oder ökologische Lebensmittel, umweltbewusstes Mobilitätsverhalten, nachhaltige Bewusstseinsbildung, originelle Projekte und Öffentlichkeitsaktionen für persönliches nachhaltiges Verhalten.

Anträge auf Förderung sind bis 19. Juli 2009 beim Agendabüro der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW), Griesbachstr. 1, 76185 Karlsruhe einzureichen.

Weitere Informationen und das Antragsformular sind unter www.lubw-baden-wuerttemberg.de oder agendabuero@lubw.bwl.de erhältlich.

5.4 NABU-Fotowettbewerb macht auf Artenschwund aufmerksam

Die Kornrade ist durch die moderne Saatgutreinigung fast ausgestorben.

Bunt blühende Wiesen und Äcker voller Mohn- und Kornblumen werden leider immer seltener. Um auf den zunehmenden Artenschwund wild wachsender Pflanzen aufmerksam zu machen, startet der NABU unter dem Motto „Sag mir, wo die Blumen sind“ einen Fotowettbewerb. Gesucht werden Fotos, die die Schönheit oder aber auch die Gefährdung unserer heimischen Wiesen- und Ackerblumen darstellen. Ein-sendeschluss ist der 1. September 2009.

Teilnahmebedingungen am Wettbewerb:

<http://www.nabu.de/aktionenundprojekte/sagmirwodieblumensind/#1>

6 Termine und Veranstaltungen

6.1 Großkundgebung gegen AKW-Laufzeitverlängerung

Zu einer Kundgebung gegen Atomenergie am Samstag, 4. Juli 2009, in Neckarwestheim ruft ein breites Bündnis aus Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und Parteien auf. Unter dem Motto "Atomkraftwerk Neckarwestheim I stilllegen - Laufzeit nicht verlängern - Atomausstieg jetzt und überall" fordert das Bündnis die Abschaltung des Atomreaktors Neckarwestheim I und ein Ende der Diskussion über Laufzeitverlängerung. **Die Veranstaltung beginnt um 13.30 Uhr, Treffpunkt ist der Bahnhof in Kirchheim am Neckar.** Ihre Beteiligung zugesagt haben u. a. Ursula Sladek (EWS Schönau), Berthold Frieß (BUND Landesgeschäftsführer) und Martin Unfried (Kolumnist und Umweltexperte).



Nach dem derzeit geltenden Atomgesetz muss der Stromkonzern Energie Baden-Württemberg (EnBW) den Altreaktor Neckarwestheim I nach der Produktion einer Reststrommenge von circa 6,4 Milliarden Kilowattstunden (Stand 01.01.09) stilllegen. Diese

Strommenge wäre bei störungsfreiem Volllastbetrieb in etwa einem Jahr produziert. Danach erlischt die Betriebsgenehmigung. Die EnBW will diese Rechtslage jedoch nicht akzeptieren und drängt auf eine Laufzeitverlängerung. Auch viele Politiker und Wirtschaftsverbände setzen sich für einen Weiterbetrieb der zur Abschaltung anstehenden Meiler ein und wollen deshalb nach der Bundestagswahl das Atomgesetz ändern. Hiergegen soll die Demonstration im Vorfeld der Wahl ein Zeichen setzen. Die Organisatoren der Kundgebung fordern die vertraglich vereinbarte Stilllegung des Atomkraftwerks und setzen sich für eine Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energiesparen ein.

6.2 Jubiläumsfest 100 Jahre Schwäbischer Heimatbund (SHB)

Am Samstag, den 11. Juli feiert der SHB anlässlich seines 100-jährigen Bestehens rund um die Sindelfinger Stadthalle ein großes Jubiläumsfest. Geboten werden Bewirtung mit Musik, ein großes Kinderprogramm, ein Bücherflohmarkt, mehrere Ausstellungen, Führungen durch Sindelfingen und „Heimatgespräche“ zu mehreren Themen u.a. Naturschutz und Flächenverbrauch. Der LNV ist mit einem Stand vertreten.

Näheres siehe unter <http://www.schwaebischer-heimatbund.de/index.php?cid=581>

7 Veröffentlichungen/Literatur/Internet

Schadstoffregister PRTR-Deutschland (Pollutant Release and Transfer Register)

Der Zugriff erfolgt online unter www.prtr.bund.de und ist kostenlos.

Wie viel Kohlendioxid bläst der Industriebetrieb in der Nachbarschaft in die Luft? Welche Schwermetalle leitet er in Flüsse ein? Und in welche Länder exportiert der Betrieb seine Abfälle? Wer aus privatem oder beruflichem Interesse Informationen über Freisetzungen von Schadstoffen sucht, findet diese im neuen Schadstoffregister PRTR-Deutschland.

Newsletter der Kampagne Energieeffizienz

<http://www.energieeffizienz-jetzt.de>

Mit diesem Newsletter bietet die Kampagne in kurzen Texten in vier- bis sechswöchigem Abstand aktuelle Neuigkeiten rund um das Thema Energieeffizienz. Weitere Informationen können über die eingefügten Links abgerufen werden. Die Aktivierung des Newsletters erfolgt auf der o.g. Internetseite, in dem man sich unter Newsletter in das Anmeldeformular einträgt.

Von Reiher, Specht und Wiedehopf

106 Seiten, Drw-Verlag; ISBN-10: 3765085073, 24,90 €

In diesem Buch werden die verschiedenen Landschaften in Baden-Württemberg und die Vögel, die in ihnen leben, ausführlich beschrieben. Herausragende Fotos erlauben Einblicke in das Vogelleben, das dem Betrachter sonst meist verschlossen bleibt.

Die Autoren: Dr. Klaus Ruge ist Biologe und leitete viele Jahre die Vogelschutzzone Baden-Württemberg. Er ist der Vorsitzende des Bundesverbands Wissenschaftlicher Vogelschutz; Dr. Peter Havelka ist ebenfalls Biologe und forscht heute am Staatlichen Museum für Naturkunde in Karlsruhe; Caroline Heidinger ist Geographin und Biologin; sie publiziert zu Umweltthemen; Reiner Steinmetz ist Fotograf und war ebenfalls Mitarbeiter der Vogelschutzzone.



Wie steht es um den Umweltschutz in Deutschland? Aktuelle Umwelt-Kernindikatoren im Internet.

www.umweltbundesamt.de/daten-zur-umwelt/umwelt-kernindikatoren.

www.umweltbundesamt.de/daten-zur-umwelt

Wie entwickelt sich der Umweltschutz in Deutschland? Das gerade aktualisierte Umwelt-Kernindikatorensystem (KIS) des Umweltbundesamtes (UBA) gibt Antwort darauf. Mehr als 50 Indikatoren beschreiben den Zustand der Umwelt und zeigen, wo die Umweltpolitik erfolgreich und wo noch mehr zu tun ist

Gute Noten erhält Deutschland für das Jahr 2008 beim Klimaschutz und beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Zudem ist die Energie- und Ressourcenproduktivität gestiegen. „Dagegen muss Deutschland den absoluten Energie- und Rohstoffverbrauch weiter senken, der Verkehrssektor muss nachhaltiger werden und auch bei der Luftreinhaltung sind die Erfolge für das Erreichen eines hohen Niveaus zum Schutz der Gesundheit und zum Erhalt der biologischen Vielfalt noch mit weiteren großen Anstrengungen verbunden. Auch bei der Verringerung der Flächeninanspruchnahme und dem Ausbau des ökologischen Landbaus hat Deutschland seine Ziele noch nicht erreicht.

Plenum-Jahresinformation 2008

Download <http://www.plenum-bw.de/service.dokumente.php?name=04.01>



Die PLENUM-Jahresbilanz 2008 im Schnellblick ist da. Die Jahresinformation gibt einen ersten Überblick über die erfolgreichen Jahresergebnisse von PLENUM.

Landkarten mit geplanter CO₂-Pipeline und vermuteten CO₂-Endlagerstätten

http://www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&task=view&id=1080&Itemid=273

Der Transport quer durch unser Land und die unterirdische Endlagerung von Kohlendioxid sind eine Bedrohung über Jahrtausende. Im Internet ist dargestellt, wo die CO₂-Rohrleitung geführt werden könnte. Berührt wären 30 Landkreise sowie 32 Bundestagswahlkreise. Eine zweite Karte zeigt, wo für Abtrennung und Endlagerung von CO₂ unterirdische Speichermöglichkeiten vermutet werden. Betroffen sind 63 Landkreise.

Die Geschäftsstelle wünscht Ihnen eine erholsame Sommer- und Urlaubszeit!

